

Demokratische Energiewende kommunal (DEW-kommunal) informiert

Wer uns nicht kennt, findet Informationen unter www.dew-kommunal.de

Energiapolitische Weichenstellung in Dortmund

VORWEG GEHEN ?

WEG GEHEN !

Dortmund steht vor einer wichtigen energiewirtschaftlichen Weichenstellung: Zur Zeit befindet sich die DEW21 (lokaler Energieversorger) zu 53 % im Eigentum der Dortmunder Stadtwerke (DSW21); die restlichen 47 % der DEW21 gehören dem RWE-Konzern. Diese im Gesellschaftsvertrag fixierte Beteiligung der RWE läuft zum 31.12.2014 aus. Daraus ergibt sich die Chance, die DEW21 vollständig in die Hand der Dortmunder Stadtwerke zu überführen. Für DEW21 und deren Beschäftigte würde sich dadurch zunächst nichts ändern; das Unternehmen hätte lediglich einen anderen Eigentümer. Allerdings könnte die Geschäftspolitik neu gestaltet werden und brauchte die Interessen der RWE (s.u.) nicht mehr zu berücksichtigen. Das würde die Chance eröffnen, auch in Dortmund eine konsequente Energiewende voran zu treiben. Entsprechende Entscheidungen fielen dann ausschließlich im Bereich der Dortmunder Stadtwerke und könnten damit vom Rat der Stadt und nicht zuletzt auch von dem Willen der BürgerInnen in der Kommune beeinflusst werden. Dies läge in einem bundesweiten Trend zur Kommunalisierung der Energieversorgung. Damit würde auch der Abfluss von 47 % der Gewinne aus dem Energiegeschäft der DEW21 an die RWE beendet und das Geld bliebe in kommunaler Hand. Konsequenz wäre dann auch, die RWE - Aktien, die sich z.Z. noch im Eigentum der Stadt Dortmund befinden, zu veräußern. Der Verkaufserlös könnte dazu verwendet werden, die Übernahme des 47 % - Anteils von RWE an DEW21 zu finanzieren. Damit wäre der Dortmunder Oberbürgermeister dann auch nicht mehr Mitglied im Aufsichtsrat der RWE. Dort hat er nämlich nach geltendem Recht die Interessen der RWE und nicht, wie man annehmen könnte, die Interessen der Stadt zu vertreten!

Die folgenden Ausführungen beschränken sich hauptsächlich auf die Erzeugung elektrischer Energie, wenn auch auf anderen Feldern des Energieverbrauchs dringender Handlungsbedarf besteht.

Warum Energiewende

Der Ausstieg aus der Kernenergie ist beschlossen. Die Gründe dafür liegen kurz gesagt darin, dass eine breite Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr bereit ist, sich über die Risiken dieser Technologie täuschen zu lassen, sowie in der brisanten Problematik hochradioaktiver Abfälle. Dieser Themenbereich soll hier nicht vertieft werden. Nicht mehr genutzte Kernenergie muss ersetzt werden. Aber auch die Verbrennung von Braun- oder Steinkohle sowie von Erdgas oder -Öl muss wegen der damit verbundenen Emissionen von CO₂, aber z.B. auch Quecksilber, ebenfalls so schnell wie möglich beendet werden. Die dramatischen Veränderungen des Klimas auf unserem Globus, die auf CO₂ Emissionen zurückzuführen sind, werden kaum noch bestritten. Daraus ist in der BRD eine politische Debatte entstanden, die zu der mehrheitlich unterstützten Forderung nach einer schnellen und konsequenten Energiewende geführt hat. Die Erkenntnis, dass diese ohne staatliche Regulierung nicht schnell genug erreicht werden kann, mündete dann im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das vom Bundestag verabschiedet wurde und im Jahr 2000 in Kraft getreten ist. Dieses Gesetz hat in unserem Land eine erfreuliche Dynamik ausgelöst, die kaum vorhersehbar war. Aber auch im Ausland wird die Entwicklung hierzulande genau verfolgt: Inzwischen sind schon in mehr als 60 Ländern vergleichbare Gesetze in Angriff genommen worden.

Die Taktik der Bremser: Energiewende ja, aber

In letzter Zeit konkretisieren sich Perspektiven, bereits bis zum Jahr 2030 die in der BRD verbrauchte elektrische Energie zu 100 % aus erneuerbaren Energien gewinnen zu können und zwar mit heute schon bekannten Technologien! [1] Es traut sich kaum noch jemand, die Notwendigkeit der Energiewende zu bestreiten. Vielen Akteuren geht der Prozess aber viel zu schnell, denn er reduziert ihre Gewinnerwartungen z.T. beträchtlich! Dies betrifft ganz besonders RWE und die drei anderen großen Energiekonzerne. So haben z.B. in der Stromerzeugung von RWE (z.T. sogar neu errichtete) Braunkohlekraftwerke den größten Anteil, die einer Energiewende und dem Klimaschutz für Jahrzehnte diametral entgegenstehen,! Deshalb wird das allgemeine Bekenntnis zur Energiewende häufig mit „Modifizierungsvorschlägen“ verbunden, mit denen diese mehr oder weniger stark ausgebremst werden soll, wobei mitunter auch der völlige Stopp ihrer Entwicklungsdynamik beabsichtigt ist. Insgesamt beruhen die Widerstände gegen die Energiewende meist keineswegs auf Unkenntnis sondern aus einer entgegenstehenden Interessenlage, (b.W.)

die aber in der Debatte meist hinter „Sachargumenten“ verborgen wird. Hier ergeben sich die Bezüge zur Frage der Rekommunalisierung der DEW21 und der Interessenlage von RWE.

Bereits vor mehreren Jahren hat Hermann Scheer [2] in seinem Buch „Der **energethische** Imperativ“ den unvereinbaren Interessengegensatz deutlich beschrieben. Deshalb nachfolgend zwei längere Zitate:
S. 59: *„Mit dem Wechsel zu erneuerbaren Energien werden fast alle Elemente des bisherigen Systems nach und nach funktionslos, mit den Zwischenstadien sinkender Kapazitätsauslastung. Der Wechsel zu erneuerbaren Energien geht zu Lasten der bisherigen Energiewirtschaft, weil deren herkömmliche Systemelemente Zug um Zug unwirtschaftlich werden. ... Ein schneller Energiewechsel, der objektiv möglich ist, erscheint konventionellen Energiekonzernen deshalb unmöglich - und ist es aus ihrer Sicht auch, wenn sie Kapitalvernichtung vermeiden wollen. Deshalb versuchen sie, den Wechsel zu erneuerbaren Energien entweder zu verhindern oder zu verschleppen und in jedem Fall unter ihre Kontrolle zu bringen. ... Sie folgen einer konzernwirtschaftlichen Ratio, die weder eine industriewirtschaftliche noch eine volkswirtschaftliche oder gesellschaftliche Rationalität sein kann. Sie sind die Verlierer des schnellen Energiewechsels - es sei denn, sie wären zu einer radikalen Selbstreform an Haupt und Gliedern unter Inkaufnahme schwerwiegender aktueller Verluste fähig und bereit. Aber welches Konzernsystem war dazu je in der Lage“*
S. 67: *„Zwei Aufschubstrategien sind augenfällig: Die eine ist, Alternativen anzupreisen, die als „Brücke“ zu vermeintlich erst später verfügbaren erneuerbaren Energien ... dargestellt werden. ... Die zweite Strategie besteht darin, große Projekte für erneuerbare Energien ins Spiel zu bringen, deren Realisierung zum einen viel Zeit beansprucht und zum anderen überwiegend durch Großinvestoren möglich ist. Damit trachten die Energiekonzerne danach, ihre Vormachtstellung zu erhalten“*

Positionen im Rat der Stadt Dortmund

Wir vom Bündnis DEW-kommunal versuchen seit Jahren, die Diskussion über die Rekommunalisierung voran zu bringen. Die Ratsfraktionen von Bündnis 90 Grüne und Die Linke unterstützen unser Anliegen vorbehaltlos. Auch Dr. Reinbold von der Bürgerliste hat als Einzelperson unser Manifest unterzeichnet. Ansonsten halten sich die Ratsfraktionen von SPD, CDU und FDP wie auch der Oberbürgermeister bisher sehr bedeckt. Der Rat der Stadt lässt zu dem beschriebenen Themenkomplex Gutachten erstellen, deren genaues Aufgabenprofil der Öffentlichkeit leider nicht bekannt gegeben wurde. Unabhängig von den Realisierungsmöglichkeiten könnte man zumindest aus den Reihen der SPD ein grundlegendes Bekenntnis zur vollständigen Trennung zwischen DSW21 und RWE erwarten. Aber die Mandatsträger von SPD, CDU und FDP wie auch der Oberbürgermeister vermeiden es konsequent, hier klar Position zu beziehen. Stattdessen ziehen sie sich darauf zurück, den Inhalt der Gutachten abwarten zu wollen. Sollten die Gutachten ergeben, dass eine vollständige Rekommunalisierung mit Schwierigkeiten verbunden ist, kann man dann gut verschleiern, dass man sie eigentlich auch **gar nicht gewollt** hat!

Das bisherige Verhalten der beiden großen Ratsfraktionen legt jedenfalls eine solche Taktik nahe.

Für das Bündnis DEW-kommunal geht es darum, gegen die erkennbare Hinhaltenaktik anzugehen. Dafür bitten wir um breite Unterstützung auf allen Ebenen!

[1] In einer Studie hat Philippe Welter die Möglichkeit aufgezeigt, bis 2030 die gesamte Erzeugung elektrischer Energie in der BRD durch Erneuerbare zu ersetzen. Die Studie verwendet den realen Lastgang über vier Jahre (2006 – 2009) im 15-Minuten-Takt, um daraus die erforderlichen Kapazitäten aus Wind, Fotovoltaik und natürlich ergänzt durch Speicherung auf der Basis von "Power to Gas" zu ermitteln. Hierfür ist keine Technologie erforderlich, die nicht schon bekannt wäre. Der Aufsatz findet sich in „Photon“ Heft 10/2012 und kann angefordert werden unter EckhardAlthaus@gmx.de .

[2] Hermann Scheer war seit 1980 bis zu seinem Tod im Jahr 2010 Bundestagsabgeordneter der SPD und ist international sehr bekannt und geschätzt als Vorkämpfer für erneuerbare Energien, insbesondere Solarenergie. Gemeinsam mit Hans-Josef Fell, der seit 1998 Bundestagsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen ist, gilt er als „Vater“ des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Hermann Scheer hat mehrere Bücher zur Nutzung der Sonnenenergie verfasst. Sein letztes mit dem Titel „Der **energethische** Imperativ“ ist im Jahr seines Todes erschienen. Es kann durchaus als energiepolitisches Lehrbuch betrachtet werden.